

„Kameraden, wir sind frei!“

Der Text als [pdf](#)

Zum 74. Jahrestag der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald

Es war der 11. April 1945 als im Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar der faschistische Schrecken sein Ende fand. Es war der Tag, als sich die Häftlinge, unter Führung ihres Internationalen Lagerkomitees (ILK), selbst befreiten. Wichtige Punkte des Lagers wurden besetzt, 125 SS-Leute gefangengenommen und die Verteidigung organisiert. Die bewaffneten Häftlinge kontrollierten das befreite Lager bis zum Eintreffen der US-amerikanischen Truppen und hatten mit ihrer Aktion das Leben von 21000 Menschen gerettet.

So lange von allen Häftlingen ersehnt, so strikt und gründlich war dieser Tag von den bewusstesten von ihnen vorbereitet worden. Denn von Beginn an formierte sich im Lager ein Häftlingswiderstand, angetrieben von Kämpfern aus der Arbeiterbewegung. Besonders hervorzuheben ist hierbei die führende Rolle der kommunistischen Gefangenen im Lager — Walter Bartel, Theodor Neubauer oder Albert Kuntz waren unter ihnen. Auch unterstützt von Widerstandsgruppen der KPD außerhalb des KZ bauten sie illegale Strukturen auf, die mit dem ILK eine zentrale Führung hatten. Von der Sabotage der Kriegsindustrie, über den Kampf für bessere Bedingungen für die Häftlinge, bis hin zur organisatorischen und militärischen Vorbereitung der Selbstbefreiung entwickelte der Lagerwiderstand eine heroische, aufopferungsvolle Tätigkeit.

Fast acht Jahre lang war Buchenwald das größte Konzentrationslager auf deutschem Boden, Ort der Zwangsarbeit und Todesqual für etwa 266.000 Menschen aus allen Ländern Europas — das Grab für 56.000 von ihnen. 1937 angelegt vor allem für politische Gegner des deutschen Faschismus, insbesondere aus der revolutionären Arbeiterbewegung, wurde Buchenwald zu einem hoch entwickelten Komplex, um Menschen einzusperren, zu erniedrigen, zu

foltern und durch Zwangsarbeit in den Tod zu treiben. Neben dem Steinbruch gab es hier große Produktionsstätten, die besonders der Herstellung von Waffen für den imperialistischen Krieg und natürlich den Profiten der deutschen Monopole dienten. Hinzu kamen unzählige Außenstellen, wo Häftlinge aus Buchenwald ebenfalls zur Schwerstarbeit gezwungen wurden.

Das Erbe Buchenwalds

Der historische Fakt der Selbstbefreiung und des illegalen Lagerwiderstandes zeigt: Buchenwald steht wie kaum ein anderer Ort für den antifaschistischen Widerstand unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Auch die Ermordung Ernst Thälmanns in Buchenwald gehört dazu. Thälmann, selbst aus dem Proletariat stammend und bis zu seiner Verhaftung Vorsitzender der KPD, galt wie kein Anderer als kommunistische Persönlichkeit und Führer der deutschen Arbeiterklasse. Das erklärt, wie die deutschen Faschisten mittels seiner Ermordung im Sommer 1944 den antifaschistischen Widerstand in Deutschland und Europa zu demoralisieren und zu brechen versuchten. Es gelang ihnen nicht, stattdessen waren sie es, die schon ein paar Monate später ihre bedingungslose Kapitulation unterschrieben.

Buchenwald ist Teil unserer Geschichte und bis heute wichtiger Bezugspunkt für den antifaschistischen Kampf. Aber auch über die kommunistische Bewegung hinaus ist die besondere Geschichte des Lagers, vor allem in Ostdeutschland, nicht vergessen. So brachte beispielsweise die 2015 erschienene Neuverfilmung des DDR-Romans „Nackt unter Wölfen“ dies noch einmal zum Ausdruck.

Antikommunismus auf dem Vormarsch

Hatten Buchenwald und seine Bedeutung in der Gedenkpolitik der DDR noch einen wichtigen Platz (z.B. war der Besuch der Gedenkstätte fester Bestandteil des Lehrplans), erleben wir an ihrer Stelle heute eine Geschichtsverdrehung, die ihresgleichen sucht. Bürgerliche Historiker, Politiker von CDU bis Linkspartei, Antideutsche und

andere vermeintliche Linke, aber auch die Leitung der Gedenkstätte Buchenwald versuchen seit Jahren, das Gedenken an die Ereignisse im KZ in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Das heißt konkret: Delegitimierung des Lagerwiderstandes und der aktiven Kommunisten bis hin zur Unterstellung, diese hätten mit der SS kollaboriert. Die Selbstbefreiung wird geleugnet, als hätte es sie einfach nicht gegeben und sei ein Erzeugnis der ‚DDR-Propaganda‘. Auf perfide Weise schlagen diese durch die Bank weg bürgerlichen, antikommunistischen Kräfte so gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: die Verunglimpfung des antifaschistischen Widerstandes und der DDR.

Gleichzeitig erleben wir eine Entpolitisierung des antifaschistischen Widerstandes generell. Die Bürgerlichen, worunter ebenfalls diverse „linke“ Akteure und Gruppen zu fassen sind, beziehen den Widerstand zwischen 1933 und 1945 in ihr irreführendes Bild mit ein, bei dem „die Demokratie“ und „der Faschismus“ zwei grundsätzlich gegensätzliche Formen sind. Irreführend ist dieses Bild deshalb, weil es von den wahren Wurzeln und Verantwortlichen des Faschismus ablenkt. Der antifaschistische Widerstand ist dann lediglich ein Einsatz für „die Demokratie“ gewesen. Mit Antifaschismus als Teil des Klassenkampfes, wie ihn die KPD und folglich der Großteil des Widerstandes in Deutschland verstanden, hat das wenig zu tun. Das Andenken an den Widerstand im deutschen Faschismus wird so, wenn nicht verschwiegen, zumindest neutralisiert.

Das zeigt sich auch am Beispiel Ernst Thälmann: meist wird seine Ermordung in Buchenwald im offiziellen Gedenken nicht einmal erwähnt. Aber wenn sie ein Andenken findet, dann niemals in ihrer tatsächlichen Tragweite — als Ermordung des Führers des klassenbewussten deutschen Proletariats und als Symbolfigur des antifaschistischen Kampfes, weit über die deutschen Grenzen hinaus.

Antifaschismus heißt Kampf für den Sozialismus

Wir dürfen nicht vergessen, dass der Faschismus eine Form bürgerlicher Herrschaft ist, also eine Möglichkeit für die Kapitalisten, ihre Interessen durchzusetzen und ihre Macht zu erhalten. Nichts fürchten sie mehr, als eine starke revolutionäre

Arbeiterbewegung, die ihre Macht ins Wanken bringt. Dementsprechend ist klar, dass die deutschen Kapitalisten und ihr Staat — die BRD — alles tun, um die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und der KPD in Vergessenheit geraten zu lassen oder, wo das nicht klappt, zu zerschlagen. Dass sie alles tun, um die Erinnerung an den Kampf klassenbewusster Arbeiter gegen das Kapital und seine faschistischen Marionetten für ihre Ordnung unschädlich zu machen. Ihre Geschichtsverdrehung gilt dem konsequenten antifaschistischen Kampf der Häftlinge in Buchenwald und natürlich auch der DDR, als erstem sozialistischen Staat auf deutschem Boden, wo die Arbeiterklasse ihre Herrschaft errichtete und dem Faschismus den Nährboden entzog.

Indem wir den Widerstand und die Selbstbefreiung der Häftlinge von Buchenwald als Teil unserer Geschichte anerkennen und gegen jegliche revisionistischen, antikommunistischen, bürgerlichen Angriffe verteidigen, begreifen wir auch den 74. Jahrestag der Selbstbefreiung nicht nur als traditionelles Gedenken, sondern als politische Verpflichtung für unseren Kampf heute.

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ hieß es einst im Schwur von Buchenwald. Dies bleibt Mahnung, Richtschnur und Auftrag zugleich: im Wissen, dass die Macht des Kapitals die Wurzel des Faschismus ist, muss Antifaschismus heute die Organisierung der Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Herrschaft, für den Sozialismus bedeuten.

Im Gedenken der 56.000 in Buchenwald Ermordeten, im Gedenken des Lagerwiderstandes und der Selbstbefreiung, im Gedenken Ernst Thälmanns — für die sozialistische Revolution!

Offener Brief an die Redaktion der Roten Hilfe

Zeitung (RHZ)

Liebe Redaktion,

ich schreibe euch hier als Sprecher der Kommunistischen Organisation (KO) und als eines von vielen, z.T. langjährigen Mitgliedern der Roten Hilfe (RH), welche auch in der KO organisiert sind. Einige von uns haben in der Vergangenheit eure Unterstützung in Anspruch genommen und Viele verfolgen aufmerksam die Veröffentlichung der RHZ.

Nun hat mich [der Schwerpunkt der letzte Ausgabe](#), welche vergangen Woche erschienen ist, entsetzt und wütend gemacht und mich veranlasst, diesen Brief zu verfassen. Es geht dabei keineswegs darum, dass ich mich als Mitglied einer Organisation, die das Erbe der DDR und der Sowjetunion verteidigt (siehe [Programmatische Thesen](#)), „auf den Schlipps getreten“ fühlen könnte[efn_note]Ihr schreibt in der Einleitung zum Schwerpunkt: „Dieser Themenschwerpunkt ist eine Herausforderung. Vor seiner Erstellung hat es innerhalb und außerhalb der Roten Hilfe Diskussionen gegeben, teils sehr emotionale, nicht immer solidarische. Und auch nach seinem Erscheinen wird es Diskussionen geben, teils sehr emotionale, hoffentlich aber solidarische.“ Siehe RHZ 01/2019[/efn_note]. Es geht mir mit diesem Brief viel mehr darum, eine scharfe Kritik an der Stoßrichtung eures Schwerpunktes zu formulieren, mit dem Interesse, mit euch und den Mitgliedern der RH in eine Diskussion darum zu kommen.

Das Heft ist ein krasser Ausdruck des Antikommunismus, der die althergebrachten Lügen und Diffamierungen der deutschen Kapitalistenklasse wiederholt. Soll die Rote Hilfe in eine Linie mit Adenauer, Kohl, Merkel und Gauck gestellt werden? Denn der Antikommunismus ist bundesdeutsche Staatsdoktrin und dass die deutschen Kapitalisten die DDR hassen, ist verständlich. Dort wurden sie schließlich enteignet und entmachtet. Dort hat die Arbeiterklasse ihre Gesellschaft errichtet und den Kriegsplänen des deutschen Imperialismus einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wenn die Rote Hilfe in das antikommunistische Horn stößt, landet sie im Schoß der herrschenden Klasse. Die Linkspartei hat mit ihrer Anti-DDR-Politik bereits vorgemacht, wo es hingehet. Wenn Bodo Ramelow die NATO nicht mehr so schlimm findet, dann ist er (und seine Partei) bereit, die Kriegspolitik mitzutragen. Will die Rote Hilfe sich dem anschließen?

Ich richte mich auch an alle Mitglieder der Roten Hilfe und fordere sie auf, gegen diesen Kurs der Roten Hilfe Widerspruch einzulegen. Wir wissen aus den letzten Jahren, dass es viele politische Probleme und problematische Strömungen in der Roten Hilfe gab und gibt. Aber die Anerkennung dieses Hefts wäre ein Totalschaden. Ich fordere den Bundesvorstand und die Redaktion auf, diesem Heft etwas entgegenzusetzen und es nicht als Linie der Organisation stehen zu lassen.

Ich meine, dass sich in allen Artikeln des Schwerpunktes sehr falsche Darstellungen über die Verhältnisse in der DDR, der Sowjetunion und der Kommunistischen Bewegung befinden. Mir ist es nicht möglich, in der Kürze auf all diese Falschdarstellungen ausführlich einzugehen – einiges findet sich auch schon in anderen offenen Briefen und Artikeln an euch^[efn_note]Siehe die Texte von Patrick Köbele und Hans Bauer sowie die Artikel von Klaus Hartmann und Leo Schwarz.^[/efn_note]. Es ist mir auch deshalb nicht einfach möglich, weil an vielen Stellen des Schwerpunkts auf eine Begründung der gemachten Einschätzung verzichtet wird und ich daher nur mutmaßen kann, wie der Autor auf die jeweilige Einschätzung gekommen ist. Ich werde dennoch versuchen, manche dieser Abschnitte im Schwerpunkt als Beispiele anzuführen.

Viele Facetten, viele Standpunkte?

Bereits im Editorial der Ausgabe schreibt ihr:

„Für diesen Schwerpunkt sind bei uns sehr, sehr viele Einsendungen eingegangen – danke dafür! Wir haben uns bemüht, davon so viele wie möglich ins Heft zu nehmen. Denn es war uns noch wichtiger als sonst, viele Facetten und Standpunkte zu bringen.“

Das Gegenteil ist der Fall: Anstatt viele verschiedene Standpunkte darzustellen, zeichnet der Schwerpunkt letztlich ein sehr klares, einheitliches Bild davon, wie man sich als „Linker“ zur DDR und Sowjetunion verhalten sollte. Ob bewusst oder unbewusst setzt ihr

einen Grundkonsens bei den Lesern voraus, nämlich jenen antikommunistischen Grundkonsens, wie er vom ersten Tag der Gründung der DDR als Staatsrason der BRD propagiert wurde – wenn auch in unterschiedlicher Schattierung. Besonders krass wurde dieser Grundkonsens nach der Konterrevolution propagiert, als es darauf ankam, die DDR mit allen ihren Seiten zu delegitimieren. Ob das Bild, was Klaus Kinkel und Konsorten von den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR zeichnen, nur ein Fünkchen Wahrheit enthielt, war nicht von Belang – Hauptsache war, dass die Arbeiterklasse in Deutschland nicht an der Idee festhalten sollte, dass der Sozialismus der DDR doch einen Fortschritt in der Menschheitsgeschichte und die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung bedeutet hatte. Diese Tatsache, der erbarmungslosen Tilgung jeglicher Identifikation mit der DDR, wie ihr sie auch in eurem Heft zur Siegerjustiz[efn_note]RHZ 04/2016[/efn_note] zum Teil beschreibt, macht es aber unumgänglich das gesamte von der BRD gezeichnete Bild der DDR in Frage zu stellen. Nur so werden wir herausfinden können, was wirklich schief lief in der DDR, wie es zur Konterrevolution kommen konnte aber eben auch, was fortschrittlich und richtig war.

Diesen Schritt macht ihr nicht. Mit eurem Schwerpunkt bleibt ihr stehen auf dem Grundkonsens der Herrschenden der BRD, dass die DDR doch irgendwie ein „Unrechtsstaat“ gewesen sein muss. Dass dieser Staat nicht der fortschrittlichste Staat gewesen sein konnte, den die deutsche Arbeiterklasse je erlebt hat.

Dieser Grundkonsens aller im Schwerpunkt vorhandenen Artikel, möchte ich im Folgenden darstellen und kritisieren. Teil der Kritik wird es auch sein, dass ihr euer eigenes Versprechen, euch als Redaktion der RHZ aller „allgemeinpolitischer Aussagen und Wertungen“ zu enthalten, nicht einlöst, sondern auch in den antikommunistischen Grundkonsens einstimmt.

Grundkonsens: Antikommunismus

Was veranlasst mich, dem Schwerpunkt einen antikommunistischen Grundkonsens zu bescheinigen? Als Beispiel sei hier gleich der erste Absatz in eurem Editorial genannt. Hier schreibt ihr:

„in ihrer Hymne behauptete die Deutsche Demokratische Republik: ‚Wenn wir brüderlich uns einen, schlagen wir des Volkes Feind‘ – gemeint waren Krieg, Faschismus, Kapitalismus, Bourgeoisie. Doch das darin liegende Versprechen von Solidarität hat sie nur sehr mangelhaft eingelöst. Im Gegenteil, sie hat linken Kritiker_innen vorgeworfen, Teil des Problems zu sein, und sie als „des Volkes Feind“ verfolgt. Die in diesem Heft thematisierte Repression belegt das deutlich. Dabei hat die Repression der DDR nicht nur vielen einzelnen Genoss_innen Schlimmstes angetan, sondern auch zu tiefem Misstrauen unter Linken und zu einer Diskreditierung des ‚Sozialismus‘ beigetragen.“

Zwar wollt ihr euch „allgemeinpolitischer Aussagen und Wertungen“ enthalten, legt aber gleich zu Beginn damit los: Ihr verzichtet darauf, zu erwähnen, dass die DDR ein antifaschistischer Friedensstaat war, der erfolgreich den deutschen Imperialismus daran gehindert hat, Krieg zu führen und zu expandieren. Es war ein sozialistischer Staat, in dem die Produktionsmittel vergesellschaftet waren und die Kriegsverbrecher, Großgrundbesitzer und Monopolisten enteignet wurden. Gleichzeitig reduziert ihr „Solidarität“, auf eine Eigenschaft, die wohl nur auf „linke Kritiker_innen“ zutrifft – denn wie sonst ist es zu erklären, dass ihr meint, die DDR hätte ihr Versprechen von Solidarität „nur sehr mangelhaft“ eingelöst?

Wer sich mit der Geschichte der DDR und auch der Sowjetunion beschäftigt, wird früher oder später feststellen müssen, dass der Aufbau des Sozialismus in beiden Staaten ohne eine umfassende Solidarität der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk mit ihrem Staat völlig unmöglich gewesen wäre. Wie erklärt ihr euch, dass ein Staat wie die DDR im wahrsten Sinne des Wortes „aus Ruinen“ auferstehen konnte und bedeutenden Reparationszahlungen und Zerstörungen zum Trotz innerhalb weniger Jahre die Grundversorgung aller Menschen gewährleisten konnte?

Doch die proletarische Solidarität, die den sozialistischen Ländern eigen war, beschränkte sich keineswegs darauf, dass die Menschen den Aufbau des Sozialismus mit ungeahnter Kraft organisierten. Es war gleichzeitig *internationalistische*

Solidarität – und auch über jene verliert der Schwerpunkt kein einziges Wort. Es wird nicht erwähnt, dass die in der Sowjetunion gegründete Internationale Rote Hilfe maßgeblich an der Solidaritätskampagne für Sacco&Vanzetti^[efn_note]Sacco und Vanzetti waren zwei italienische Arbeiter, die nach der Emigration in die USA dort 1927 in einem politischen Prozess zu Tode verurteilt wurden. Es war eine der größten internationalen Kampagnen für die Befreiung von politischen Gefangenen. Am 23.08.1927 wurden beide hingerichtet.^[/efn_note] und viele anderen beteiligt waren, es wird nicht erwähnt, dass die DDR maßgeblich an der Kampagne für die Freilassung von Angela Davis in den 1970er Jahren beteiligt war. Die DDR war, wie auch die Sowjetunion, Zeit ihres Bestehens Zufluchtsort für abertausende von politisch Verfolgten in der gesamten Welt – ihr zu unterstellen, dass sie ihr „Versprechen von Solidarität nur sehr mangelhaft eingelöst“ hat, ist schlicht absurd. Nur der wird eine solche Annahme akzeptieren, der für sich schon entschieden hat, dass die DDR und die Sowjetunion „Unrechtsstaaten“ gewesen sein müssen.

All dies wird von euch nicht genannt, aber gleichzeitig behauptet, dass die Repression in der DDR „zu tiefen Misstrauen unter Linken“ geführt und zu einer „Diskreditierung des ‚Sozialismus‘ beigetragen“ habe. Ohne Zweifel hat es in der DDR einzelnes Unrecht gegen Mensch gegeben – es wäre eine Illusion zu glauben, dass ein sozialistischer Staat im Aufbau in einer solchen historischen Situation überhaupt in der Lage wäre, das zu verhindern. Doch für mich stellt sich die Frage: Gemessen an der gängigen Repression in den kapitalistischen Staaten wie der BRD und den beeindruckenden Fortschritten der DDR in der Frage der Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft – wie könnt ihr da von „Diskreditierung des Sozialismus“ sprechen? Ist es nicht so, dass die DDR und noch viel mehr die Sowjetunion durch ihre Existenz schon einen schlagenden Beweis für die reale Möglichkeit des Sozialismus geliefert und damit die Kämpfe auf der gesamten Welt für nationale Befreiung und den Sozialismus angefeuert haben?

Antikommunistische Mythen noch und nöcher

Die Beiträge im Schwerpunkt belegen leider entgegen eurer Aussage viel zu wenig, dass die Repression des Staates der Arbeiterklasse ungerechtfertigt war und die Falschen getroffen haben könnte. Deutlich machen möchte ich das an der sogenannten „Field-Affäre“, auch deshalb, weil ein bedeutender Teil der in den Artikel genannten

Repressionsfälle letztlich mit dem Namen Noël

Field im Zusammenhang stehen. Zwar taucht die „Field-Affäre“ in drei Artikeln des Schwerpunkts[efn_note]„Mangelnde Wachsamkeit gegenüber den Klassenfeinden“? Von Ulrich Schneider, „... wurden sie zu Werkzeugen des Klassenfeindes“ von Maja, Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern ... ? von Herbert Mayer[/efn_note] an zentraler Stelle auf, in keinem wird aber eindeutig gezeigt, dass die Vorwürfe gegen Noël

Field durch das ZK der SED ungerechtfertigt waren. Zur Begründung dient einzig, dass ein Teil der Verurteilten nach 1956 bzw. 1990 Rehabilitation erfahren hätten – als ob das für sich sprechen würde. Es verhält sich doch eher umgekehrt: Gerade weil die Verurteilten in Zeiten rehabilitiert wurden, in denen Opportunisten wie Nikita Chruschtschow nach 1956 oder gar Gegner des Sozialismus die Überhand hatten (Gorbatschow/Jeltzin nach 1990) ist eher ein Indiz dafür, dass es sich bei den Rehabilitierten auch um Opportunisten und Gegner des Sozialismus gehandelt haben könnte und die Rehabilitation selbst zur Delegitimierung des Sozialismus dienen sollte.

Zurück zur „Field-Affäre“: Bemerkenswert ist, dass Ulrich Schneider in seinem Artikel nicht mal auf die nachweisbaren Verbindungen von Noël

Field zum Amerikanischen Geheimdienst OSS hinweist[efn_note]Siehe hierzu die Ausführliche Abhandlung von Kurt Gossweiler in seinem Artikel „Die Ursprünge des modernen Revisionismus“ in der offen-siv 10/2003.[/efn_note].

Die Vorstellung von Field als „parteitreuem Kommunist“ und „stalinistischem Opfer“ ist ein hartnäckiger antikommunistischer Mythos – trotz dessen, dass die Beweisführung der Führung der SED stichhaltig darlegt, dass er im Auftrag der US-Regierung versuchte, die kommunistische Bewegung von innen zu zersetzen[efn_note]Ebenda.[/efn_note].

Die politische Dimension der Repression in der DDR wird meist völlig auf die angebliche Repression gegen „linke Kritiker_innen“ reduziert und überhaupt nicht in den Kontext der gesellschaftlichen Verhältnisse von Imperialismus und Kaltem Krieg gestellt. Kurt Gossweiler hingegen zeigt anschaulich, dass die Rolle Fields nicht verstanden werden kann, wenn nicht auch die Interessen und die Strategie des US-Imperialismus in der Nachkriegsordnung beleuchtet werden. Diese Strategie zielte nicht primär auf die kriegerische Unterwerfung des Sozialismus[efn_note]Dennoch gab es natürlich die ganze Zeit Kriegsvorbereitungen für den potenziellen Einsatz.[/efn_note], sondern verstärkt auf die innere Zersetzung der sozialistische Staaten. Ein Element dabei war die Beförderung revisionistischer

Ideen in der kommunistischen Bewegung – und Noël
Field war einer ihrer Propagandisten[efn_note]Ebenda.[/efn_note].

Das ganze Kartenhaus der Argumentation für die ungerechte
Repression in der DDR im Zusammenhang mit der „Field-Affäre“
fällt in sich zusammen, sollte Noël
Field doch Agent der USA gewesen sein – warum legen die Autoren im
Schwerpunkt der RHZ jedoch keinen Wert auf einen Nachweis des
Gegenteils?

Stalinismus, Machtstreben und „Agentenwahn“

Platter Antikommunismus kommt auch in vielen Artikel zum Ausdruck,
wenn es um die Beschreibung vom sozialistischen Staat (sei es die
Sowjetunion oder DDR) und der verschiedenen Kommunistischen Parteien
geht (KPD, KPdSU und SED). So schreibt der Autor des ersten Artikels,
Willi, an verschiedenen Stellen über das Verhältnis der Komintern
und der KPdSU. Dieses Verhältnis sei geprägt davon, dass „die
russische Partei immer stärker die Ausrichtung der Kommunistischen
Internationale administrativ bestimmte[efn_note]Artikel „Eine Vorgeschichte – Kommunistische
Internationale und oppositionelle Genoss_innen“ von Willi[/efn_note].
Später sei die „Kommunistische Internationale und die in ihr
versammelten Parteien [...] zum außenpolitischen Instrument der
Sowjetunion“ geworden. Auch hier ein klassischer
antikommunistischer Mythos und der genannte Autor macht sich nicht im
Mindesten die Mühe, Beweise für seine Thesen anzuführen.
Dabei braucht man nur die Geschichte der Komintern zu studieren[efn_note]Als Beispiel seien hier die
Protokolle und Beschlüsse der Komintern-Kongresse genannt oder auch die Tagebücher von Georgi
Dimitroff.[/efn_note],
um zu verstehen, dass sogar die Auflösungserklärung der Komintern
in Mitten der Kriegswirren eine demokratische Angelegenheit war[efn_note]Die Auflösung der Komintern
wurde durch das Exekutivkomitee vorgeschlagen, aber erst nach Eingang der Rückmeldung von einer
großen Anzahl von Sektionen für gültig erklärt. Unter den Rückmeldungen fand sich keine einzige
Ablehnung der Auflösung. Dies soll nicht heißen, dass es eine richtige Entscheidung gewesen ist. In der
historischen Perspektive betrachtet müssen wir von einer Fehlentscheidung ausgehen. Vgl.
Programmatische Thesen der Kommunistischen Organisation, Abschnitt „Proletarischer
Internationalismus“[/efn_note].
Dass die Verteidigung der Sowjetunion zentraler Bestandteil der
Politik aller Kommunistischen Parteien sein musste, liegt klar
auf der Hand: Die Sowjetunion, das Herz der Revolution, war es, die
den deutschen Faschismus besiegte und die Welt damit vor dem Abstieg

in dunkelste Zeiten bewahrte.

Der Artikel „... wurden sie zu Werkzeugen des Klassenfeindes“ der Autorin Maja kann exemplarisch für die antikommunistische Haltung des gesamten Schwerpunkts herangezogen werden. Zu viele der in ihrem Artikel genannten Behauptungen lassen jedwede Begründung oder Quellenangabe missen. So schreibt sie gleich zu Beginn ihres Artikels:

„Ende der 1940er Jahre dehnten sich der AgentInnenwahn und die sowjetischen Schauprozesse auf die sozialistischen osteuropäischen Staaten aus und erreichten auch die DDR.“

Was für einen „AgentInnenwahn“ kann sie wohl meinen? Tatsache ist, dass tausende Agenten aller imperialistischer Geheimdienste versuchten, die DDR zu destabilisieren und Sabotage verübten. Doch sie lässt den Leser im Dunklen, fügt aber noch etwas hinzu, was ihrem ganzen Text eine besondere Note gibt und dem Antikommunismus ihm Heft noch einmal richtig an Schwung verleiht.

Antisemitismus-Vorwurf

Sie schreibt also im direkten Anschluss an das obige Zitat:

„Von den massenhaften Vorladungen, Parteiausschlüssen und Suspendierungen von KommunistInnen waren auffallend viele jüdische Menschen betroffen, insbesondere als das Feindbild ‚Zionismus‘ zum Hauptvorwurf erhoben wurde.“

Die Katze ist aus dem Sack,
Antisemitismus lautet
das Urteil. Der Vorwurf des Antisemitismus ist heutzutage eben nicht

nur ein Vorwurf, den Kritiker der israelischen Aggression gegen das Palästinensische Volk entgegen geschleudert bekommen. Es handelt sich um einen sehr zentralen Vorwurf zur Delegitimierung des allgemeinen Kampfes der Arbeiterklasse gegen die imperialistische Barbarei, da er neben Kritikern der israelischen Politik vor allem Bevölkerungsgruppen trifft, die in Deutschland einen Teil der Arbeiterklasse bilden (arabische Migranten, Muslime im Allgemeinen aber auch Ostdeutsche). Konsequenterweise muss dieser Vorwurf auch auf den ersten Staat der Arbeiterklasse auf deutschem Boden angewandt werden.

Antisemitismus ist das Stichwort, hinter dem sich heute alle bürgerlichen Strömungen von AfD bis Teile der Linkspartei und der „radikalen Linken“ vereinen können. Unbeirrt setzt die Autorin das Wort Zionismus in Anführungszeichen, so als ob es die Ideologie des Zionismus nicht bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts real geben würde – die kolonialistische Idee, mit der Teile der jüdischen Bourgeoisie in engster Verbindung mit anderen europäischen und US-Imperialisten die Enteignung, Vertreibung und Ermordung von mehr als 700 000 Palästinensern legitimierten und auch heute Vertreibung, Entrechtung und Ermordung von Palästinensern legitimieren. Selbst nach dem bürgerlichen Völkerrecht, also dem Recht, was sich die herrschenden Klasse weltweit selbst auferlegt hat und in welches wir keine Illusionen haben, war und ist die Praxis der Zionisten rechtswidrig.

All dies scheint Maja nicht zu interessieren, stattdessen versteht sie es, in ihrem Artikel geschickt Suggestionen zu provozieren, die alle auf dem Grundkonsens basieren, dass die Führung der DDR nur zu Unrecht handeln konnte. So schreibt sie beispielsweise:

„1950 wurden die Ausforschungen auf alle Parteimitglieder und schließlich auf andere Einrichtungen und Massenorganisationen ausgedehnt, wobei von Anfang an der hohe Anteil von jüdischen Betroffenen auffiel. Nur einer der Gründe war, dass sie in leitenden Stellen überdurchschnittlich stark vertreten waren, was an der hohen Fachbildung lag, die zum Aufbau eines

entnazifizierten Staatsapparats benötigt wurde; dabei wurde auch über den als Makel betrachteten bürgerlichen Hintergrund vieler jüdischer Spitzenkader hinweggesehen. (...) Zudem erfüllten viele von ihnen die Verdachtskriterien: Als jüdische AntifaschistInnen doppelt gefährdet, mussten sie schon früh vor den Nazis ins Ausland flüchten und hatten im (westlichen) Exil in der illegalen KPD gearbeitet. Dabei hatten sie gemäß den Parteivorgaben mit Hilfsorganisationen sowie den alliierten Geheimdiensten zusammengearbeitet, was ihnen nun zum Vorwurf gemacht wurde.“

Es sticht die Frage ins Auge, was an dieser Überprüfung überhaupt falsch gewesen sein sollte, also weshalb die Gründe, die die Autorin selbst nennt, nicht plausible Annahmen waren, wenn doch klar belegt werden kann, dass die USA tatsächlich versucht hat, die kommunistische Bewegung in der Emigration zu infiltrieren. Wer den Gegenstand so betrachtet wird schnell erkennen, dass es gut und richtig war, dass die Führungen der Kommunistischen Parteien Überprüfungen vornahmen und versuchten, die Reihen von imperialistischen Agenten zu säubern. Das Zusammenfallen bestimmter Faktoren, die eine genauere Überprüfung nötig machten, mit der jüdischen Herkunft ist jedoch kein Antisemitismus.

Für uns ist es keine Frage, dass der widersprüchliche Umgang der Sowjetunion mit dem Zionismus und der Anerkennung der Staatsgründung Israels genauer untersucht werden muss – dazu werden wir in unseren Arbeitsgruppen des Klärungsprozesses Analysen vornehmen und unsere gewonnenen Einschätzungen zur Diskussion stellen.

Sozialfaschismusthese

Die Behauptungen im Zusammenhang mit der Sozialfaschismusthese und insbesondere der Extra-Kasten setzen der ganzen antikommunistischen Figur die Krone auf. So schreibt Willi in seinem Artikel:

„Wenn auch verständlich war, warum zum Beispiel die

„Sozialfaschismustheorie‘ bei vielen linksradikalen Genoss_innen auf fruchtbaren Boden fiel – das Ergebnis war eine paralysierte Arbeiterbewegung, die einzige Kraft, die den deutschen Faschismus hätte verhindern können.“

Und im Extra-Kasten wird der Inhalt der Sozialfaschismus-These beschrieben:

„Nach dieser ‚Analyse‘ war die Sozialdemokratie als eine der Hauptstützen der Bourgeoisie eine Variante des Faschismus, die mit derselben Schärfe bekämpft werden müsse wie der Faschismus selbst. Vor allem Ende der 1920er Jahre feierte diese These innerhalb der KPD Exzesse, die in der Sozialdemokratie den gefährlicheren ‚Faschismus‘ sah.“

Es ist schon eine Unverschämtheit, das Wort Analyse in Führungszeichen zu setzen um zu unterstreichen, dass die Komintern ja wohl kaum um eine tatsächliche wissenschaftliche Analyse zur Grundlage ihrer Politik machen könnte. Tatsächlich gibt es zur Sozialfaschismus-These selbst nur einzelne erklärende Äußerungen von verschiedenen Kommunisten, jedoch hatte die Komintern durchaus eine umfassende Analyse zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Faschismus. Und die Geschichte hat bewiesen, dass es falsch ist, Sozialdemokratie und Faschismus einfach gleichzusetzen, aber sehr wohl richtig, dass die Sozialdemokratie zur Vorbereitung des Faschismus beiträgt. Hat doch die Geschichte tausendfach bewiesen, dass die Sozialdemokratie eine gefährliche Strömung in der Arbeiterbewegung darstellt. Wir schreiben dazu in unseren Programmatischen Thesen:

„Von besonderer Bedeutung für die kommunistische Bewegung ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Diese ist nicht einfach nur eine von vielen Varianten bürgerlicher Ideologie. Ihr besonderer Charakter ergibt sich daraus, dass sie als Strömung der Arbeiterbewegung agiert, allerdings die Arbeiterklasse nicht auf ihre Selbstbefreiung vorbereitet, sondern im Gegenteil objektiv für die Fortsetzung und Verewigung der Ausbeutung arbeitet.“^[efn_note] Programmatische Thesen der Kommunistischen Organisation, Abschnitt 12^[/efn_note]

Wer die Rolle der SPD zur Integration bzw. Befriedung der Arbeiterklasse im Ersten Weltkrieg nicht erkennt, wer die vorbereitende Rolle der SPD- und Gewerkschaftsführung beim Aufstieg des Faschismus in Deutschland nicht sehen will, der begeht schwere Fehler. Die SPD hat 1914 den deutschen Angriffskrieg offiziell unterstützt und die SPD war es, die 1918–1919 Polizei, Militär und Freikorps beauftragte, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und tausende Arbeiter zu morden. Es war der SPD-Mann Zörgiebel, der am 1. Mai 1929 zig Arbeiter ermorden ließ.

Doch auch der Kosovo-Krieg 1999, der erste Krieg nach 1945 konnte nur durch eine SPD-geführte Regierung gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden^[efn_note]Siehe dazu unsere aktuelle Stellungnahme „20 Jahre rot-grüne Kriegspolitik“^[/efn_note]. Und das Kriegsgemetzel unter der SPD-Fahne ging in Afghanistan, Libyen und Syrien weiter.

Die Sozialdemokratie ist eine zentrale Gefahr für die Arbeiterbewegung und jeden, der sich als Antikapitalist versteht. Sie übt in Machtpositionen (Regierung, Gewerkschaftsführung) nicht nur mit Zuckerbrot und Peitsche eine zersetzerische Wirkung auf die Arbeiterbewegung aus, sondern sie unterstützt auch den Aufstieg des Faschismus. So schreiben wir:

„Wir gehen davon aus, dass sozialdemokratische und faschistische Ideologie und Methoden der kapitalistischen Herrschaftsausübung sich nicht prinzipiell ausschließen.“^[efn_note]Programmatisc

Thesen, Abschnitt 12^[/efn_note]

Die SPD unterstützte die Wahl des Reichspräsidenten Hindenburg, der als Repräsentant der deutschen herrschenden Klasse Adolf Hitler 1933 die Macht übertrug. Die SPD wehrte sich nicht, als Hindenburg mit dem sogenannten „Preußenschlag“ das preußische Parlament entmachtete. Die Gewerkschaftsführungen, eng verbandelt mit der SPD, riefen die Arbeiter am 1. Mai 1933 zum gemeinsamen Marsch mit den Faschisten auf und lehnten einen Generalstreik bei der Machtübernahme der Faschisten ab.

Es ist der Antikommunismus eines Ernst Nolte^[efn_note] Ernst Nolte war ein führender deutscher Historiker, der die KPD verantwortlich für den Faschismus machte, da die Destabilisierung der Weimarer Republik durch die Massenkämpfe unter Führung der Kommunisten den Aufstieg der NSDAP begünstigt haben soll. Was Nolte nicht erwähnt ist, dass die KPD genau umgekehrt der schärfste Gegner der Faschisten war und auch praktisch den Kampf organisierte.^[/efn_note], wenn Willi der KPD den Vorwurf macht, dass das Ergebnis ihrer Sozialfaschismus-These „eine paralyisierte Arbeiterbewegung [war], die einzige Kraft, die den deutschen Faschismus hätte verhindern können.“ Er schweigt darüber, dass die KPD der SPD auf allen Ebenen unzählige Angebote zum gemeinsamen Kampf gegen die Faschisten machte. Er schweigt darüber, dass die Führung der KPD nach 1933 allein viermal auf die Prager Exilführung der SPD mit dem Angebot zuzuging, den gemeinsamen Kampf zu organisieren und dass es umgekehrt die SPD-Führung war, die jedes dieser Angebote ablehnte.

Doch nicht nur historisch, sondern auch aktuell deutet vieles darauf hin, dass die Führung der Sozialdemokratie, ob traditionell wie die SPD oder modern wie die Partei die Linke, keinen ernsthaften Kampf gegen den Faschismus führt, sondern durch vordergründige moralische Verurteilung von den Wurzeln des Faschismus im kapitalistischen System ablenkt und so seiner Ausbreitung nichts entgegenzusetzen hat. Dass es an der Basis beider Parteien Menschen gibt, die den Kampf gegen den Faschismus ernst meinen und auch aktiv werden, ändert nichts daran, dass die Parteien selbst und ihre Führungen täglich aufs Neue ihre Funktion als Gralshüter der kapitalistischen Verhältnisse unter Beweis stellen.

Wer sind eigentlich „linke Oppositionelle“?

Leo Schwarz hat in seinen Artikel in der Jungen Welt vom 22.03.2019 bereits klar und deutlich den Widerspruch dargestellt, in den ihr euch mit dem Schwerpunkt begeben und der nur noch deutlicher zeigt, wie wichtig der antikommunistische, „strömungsübergreifende“ Grundkonsens ist. Er schreibt:

„Man ahnte also, dass aufmerksame Leser die zwölf Texte davor durchblättern und sich irgendwann fragen werden, an

welcher Stelle dieses Heftes die versprochene Befassung mit der Repression »gegen linke Oppositionelle in der DDR« eigentlich stattfindet. Hierfür, soviel ist offenbar klar, braucht es nicht nur einen staatlichen Sicherheitsapparat, der – aus, nebenbei bemerkt, für ihn rationalen Gründen, die man für sich selbstverständlich nicht akzeptieren muss, aber doch zur Kenntnis nehmen sollte, wenn man sich auf das Feld historischer Analyse begibt – repressiv agiert, sondern natürlich auch eine »linke Opposition« in der DDR. Und da wird die Luft schnell dünn.“

In allen Artikel tauchen viele Einzelbeispiele von Repression auf, jedoch bedarf es in jedem dieser Fälle einer wissenschaftlichen Untersuchung der Fälle und keiner pauschalisierten, letztlich antikommunistischen Prämissen.

Doch auch wenn man den Begriff der „linken Opposition“ nicht so weit dehnen würde, wie ihr es tut, bleibt die Frage wer eigentlich gemeint ist, d.h. gegen wen sich die Repression in der DDR eigentlich richtete. Und es zeigt sich, dass es genau der „strömungsübergreifende Charakter“ ist, der ein wissenschaftlich korrektes Verständnis der Repression in der DDR verunmöglicht. Repression wird allgemein und immer als etwas Negatives, moralisch Falsches verstanden – nicht jedoch als etwas, was einen eindeutig bestimmbar Klassencharakter hat. Es ist nämlich nicht irrelevant, welche Klasse repressive Maßnahmen ergreift, um die Frage zu beantworten, ob Repression gerechtfertigt war oder ist. Und sowohl die DDR als auch die Sowjetunion waren Staaten der Arbeiterklasse und nicht wie BRD und USA Staaten der Bourgeoisie. Der Klassencharakter der Repression war demnach zur Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterklasse, zur Verteidigung des Fortschrittes der Menschheit und damit das genaue Gegenteil der Repression in den kapitalistischen Staaten. Natürlich bedeutet dies nicht, dass nicht Fehler gemacht wurden und gemacht werden. Aber es sind keine systematischen Fehler, es ist keine in der übergroßen Mehrheit der Fälle notwendigerweise falsche Repression und Fehler können korrigiert werden. Im Unterschied dazu muss sich die Repression in kapitalistischen Staaten notwendigerweise vor allem gegen die Arbeiterklasse richten, gegen den Fortschritt der Menschheit.

Wer diesen Unterschied, diesen grundsätzlichen Klassenwiderspruch nicht sehen möchte, kommt zu einer allgemeinen, moralischen Ablehnung aller Repression und spielt damit der herrschenden kapitalistischen Klasse in die Hände. Euer Schwerpunkt zur „Repression gegen linke Oppositionelle in der DDR“ schlägt genau in diese Kerbe.

Jakob Schulze

Kämpft gemeinsam Hand in Hand! – Zum internationalen Frauentag 2019

Der Text als [pdf](#)

Weder #metoo noch AfD

Jährlich am 08. März stehen die Rechte und die Lage von Frauen in unserer Gesellschaft im Mittelpunkt der politischen Diskussionen in den Medien und auf der Straße. Auf der einen Seite stehen Liberale aller Schattierungen, die mit Begriffen wie „Diversity“ und „Gender Mainstreaming“ um sich werfen und Theorien von „Queerfeminismus“ und „Intersektionalität“ propagieren. Diese Begriffe und Theorien erreichen ein exklusives, elitäres Publikum an Universitäten, in Führungsetagen von Großkonzernen und staatlichen Institutionen. Nicht jedoch erreichen sie die Arbeiterin, die täglich damit kämpft, doppelte Arbeit leisten zu müssen: Einerseits arbeitet sie für einen meist mickrigen Lohn für einen Kapitalisten, andererseits kümmert sie sich hauptverantwortlich um ihre Kinder, um Angehörige und den familiären Haushalt. Oft kommt zu dieser Situation noch physische und psychische Gewalt auf Arbeit oder in der Familie hinzu. Kampagnen wie #metoo machen zwar z.B. auf sexualisierte Gewalt aufmerksam, jedoch verschieben auch sie letztlich die Hauptursache auf den Mann statt auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, die der Gewalt zugrunde liegen.

Ihren Bekanntheitsgrad erlangte #metoo zudem ausschließlich darüber, dass es um öffentlich bekannte männliche Täter ging und die Kampagne schnell Unterstützung aus den herrschenden Kreisen bekam.

Auf der anderen Seite stehen Reaktionäre aller Schattierungen, allen voran die AfD mit ihren Fußtruppen aus der Identitären Bewegung und NS-Verehrern. Sie wiederum propagieren die Rückkehr zu reaktionären Rollenbildern und Ehe-Vorstellungen, die der Frau und insbesondere der Arbeiterin jede noch so kleine erkämpfte Freiheit wieder nehmen würden. Nicht nur das: Es ist Fakt, dass alleinerziehende Mütter aus der Arbeiterklasse die wohl am stärksten von Armut bedrohte Bevölkerungsgruppe der Gesellschaft darstellen. Wenn es jedoch nach der AfD ginge, sollten staatliche Leistungen „nur denjenigen Alleinerziehenden gewährt werden, die den anderen Elternteil nicht aus der Teilhabe an der Erziehungsverantwortung und praktischen Erziehungsleistung hinausdrängen“ (AfD: Programm für Deutschland). Die Reaktionäre in diesem Land wollen die jetzt schon ungleichen Rechte von Männern gegenüber Frauen stärken, Abtreibungen weit stärker kriminalisieren und Frauen tiefer in die ökonomische Abhängigkeit vom Mann hineindrängen.

Zwei Seiten einer Medaille

Es sind zwei Seiten einer Medaille, zwei Formen, die vom Wesentlichen, der ökonomischen und gesellschaftlichen Lage der Frau als Arbeiterin, ablenken. Nicht ohne Grund erfahren beide Formen massive Unterstützung durch Staat und Kapital. Jedes Großunternehmen und Universität hat inzwischen eine „Diversity“-Strategie, gleichzeitig werden Parteien wie die AfD und CDU massiv finanziell unterstützt, um ihre reaktionären Rollenbilder zu propagieren. In Berlin wird dieses Jahr erstmals der 08. März zum Feiertag erklärt, so als ob es ein staatliches Anliegen wäre, die Gleichberechtigung der Frau wirklich durchzusetzen. Das Europäische Parlament beschließt einen Verhaltenskodex als Reaktion auf #metoo und Bundeskanzlerin Merkel dankt den Gründerinnen der Bewegung.

Der deutsche Staat ist es aber, der geschickt die Diskussionen über die Lage von Frauen dazu nutzt, um die rassistische Spaltung in

der Gesellschaft zu vertiefen. Einerseits wird muslimischen Männern und Frauen ein generelles rückständiges Rollenbild unterstellt, dessen herausragendstes Symbol das Kopftuch sei. Andererseits werden insbesondere alle arabischen und afrikanischen Männern als potenzielle Vergewaltiger gebrandmarkt. Auch zur Begründung einer aggressiven, kriegerischen Außenpolitik wird die Lage der Frau instrumentalisiert: Bereits beim Einmarsch in Afghanistan wurde die Lage von Frauen als Ausrede verwendet um eine Besatzungsmacht im Interesse der deutschen und verbündeten Kapitalisten aufzubauen. Doch nicht nur in Afghanistan, wo die Lage von Frauen schlimmer als vor dem Krieg ist, auch zur Begründung einer aggressiven Politik gegenüber dem Iran und einigen arabischen und afrikanischen Ländern wird immer wieder die Lage der Frauen instrumentalisiert.

Die Lage von Arbeiterinnen in Deutschland

Doch im eigenen Land hat sich trotz großer Kampagnen und hochtrabender Theorien an der Lage der Frau und insbesondere der Arbeiterin in den letzten Jahren kaum etwas zum Positiven verändert: Noch immer verdienen Frauen in Deutschland durchschnittlich über 20% weniger als ihre männlichen Kollegen. Noch immer sind Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, deutlich schlechter bezahlt. Noch immer sind knapp 8% weniger Frauen erwerbstätig und arbeiten durchschnittlich ca. 8h weniger offizielle Arbeitszeit. Doch das ist nicht genug: Der Anteil an vollzeitbeschäftigten Frauen ist in den letzten Jahren sogar gesunken. Vielen Frauen arbeiten in Teilzeit und Minijobs und sind dadurch auf eine Aufstockung bei der Agentur für Arbeit angewiesen. Über die Hälfte der Niedriglöhner in Deutschland sind Frauen. Insbesondere Alleinerziehende sind besonders von Armut und Altersarmut bedroht. (Alle Zahlen vom WSI Genderdatenportal der Hans-Böckler-Stiftung)

Diese Zahlen zeigen, wie Frauen in Deutschland strukturell in eine ökonomische Abhängigkeit von Männern gedrängt werden. Und es ist diese ökonomische Abhängigkeit, die die zentrale Grundlage für physische und psychische Gewalt gegen Frauen darstellt. Die Gewalt trifft Arbeiterinnen viel stärker als andere Frauen, da hier die ökonomische Abhängigkeit besonders groß ist. Der Staat und die Kapitalisten profitieren von der Spaltung zwischen Männern und Frauen und erlassen Gesetze, schließen Kompromisse und fördern Rollenbilder, um diese Verhältnisse zu zementieren.

„Frauen*streik“ gegen die Verhältnisse?

Dagegen hilft auch kein „Frauen*streik“, wie ihn für den 8. März ein bundesweites Bündnis aus Personen aus dem Umfeld von feministischen Gruppen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Linkspartei, der IL - Interventionistischen Linken, Teilen der Gewerkschaften u.a. angekündigt hat. Viele der beteiligten Frauen werden mit dem richtigen Willen am 08. März auf die Straße gehen: Sie wollen der Unterdrückung der Frau durch die gesellschaftlichen Verhältnisse den Kampf ansagen. Jedoch ist die Konsequenz, mit der dieser Kampf verfolgt wird, sehr unterschiedlich: Während die einen (vor allem auch aus den Gewerkschaften) die ökonomische Lage der Frau in den Vordergrund rücken, geht es anderen beteiligten Gruppierungen darum, ihre Theorie von Frauen als „neuer Arbeiterklasse“ zu verbreiten. Daher schwimmt der Streik unter einen bunten Blumenstrauß an unkonkreten Forderungen (z.B. „Wir streiken, ...weil unsere Zeit uns gehört und wir selbst bestimmen wollen, wann und wie wir arbeiten. ... weil wir so zusammenleben wollen, dass niemand behindert wird.“ aus dem Aufruf des Bündnisses) zu einer Art symbolischer Aktionsform um auf Missstände in der Gesellschaft aufmerksam zu machen. Zudem lässt das Bündnis offen, ob neben den gesellschaftlichen Verhältnissen auch einfach alle Männer als Ursache der Unterdrückung angesehen werden: Zumindest der Aufruf, auch alle Arbeit im Haushalt, in der Erziehung der Kinder und der Pflege Angehöriger liegen zulassen, lässt diese Vorstellung zu.

Doch Streik ist das wichtigste Mittel der Arbeiterklasse zur Durchsetzung von konkreten politischen und ökonomischen Forderungen, nicht einfach nur zur öffentlichen Erklärung von allgemeiner Unzufriedenheit über die Verhältnisse. Streik basiert darauf, dass sich möglichst viele Leute unabhängig von Geschlecht und Hautfarbe, auf einen gemeinsamen Kampf zur Durchsetzung bestimmter Forderungen einigen, ihn einheitlich führen um so dem Kapital zu schaden und die Macht der Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen. Das versucht der „Frauen*streik“ zwar auch, jedoch unter Ausschluss von Männern und auf Basis von verschwommenen Vorstellungen über das Ziel des Streikes. Hinter kaum einer der im Aufruf genannten Forderungen steht eine einheitliche Vorstellung, worum es dabei genau geht.

Schulter an Schulter, Hand in Hand!

Der Wille, auf die Lage der Arbeiterinnen in Deutschland aufmerksam zu machen und Gleichberechtigung zu kämpfen, ist richtig und notwendig. Aber viel mehr gesellschaftliche Wirkmacht können wir erlangen, wenn wir die konkreten Kämpfe in den klassischen „Frauenberufen“ unterstützten und versuchen, die Arbeiter miteinzubeziehen und ihre Solidarisierung zu befördern. Dazu ist keine vermeintliche „Erweiterung“ des Streikbegriffs nötig, sondern eine klare Fokussierung darauf, wofür und gegen wen der Kampf geführt wird.

Letztlich kann ein wirksamer Kampf für die Befreiung der Frau nur auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes von Männern und Frauen für die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch der Kapitalisten, für den Sozialismus geführt werden. Das bedeutet nicht, dass jeder einzelne Kampf unter dieser Parole geführt werden sollte, aber das Ziel muss klar vor Augen sein: Die Er kämpfung von gleichen politischen Rechten für Frauen im Kapitalismus und die Bekämpfung der Grundlagen der ökonomischen Abhängigkeit der Frau vom Mann müssen zum Ziel haben, die Organisation der Arbeiterklasse voranzutreiben, ihre Reihen aus Männern und Frauen zusammenzuschweißen um so wirkliche Gegenmacht gegen die Herrschaft der Kapitalisten aufbauen zu können.

Der Sozialismus ist keineswegs eine Utopie, sondern war auch in Deutschland über 40 Jahre lang Realität. Ungeachtet vorhandener Mängel waren in der DDR, dem Staat der Arbeiterklasse, zentrale Forderungen für die Befreiung der Frau realisiert: Die Reproduktion der Gesellschaft, also u.a. die Erziehung der Kinder und die Pflege im Krankheitsfall und im Alter war im Wesentlichen gesellschaftlich organisiert. Es gab ausreichend staatliche Kitas, Ärzte, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, alles Einrichtungen, deren Zahl sich in der BRD durch staatliche Kürzungen seit Jahren verringert. Frauen waren in der DDR nicht ökonomisch abhängig von ihren Männern, sie waren im Wesentlichen gleichberechtigt an der Produktion und Weiterentwicklung der Gesellschaft beteiligt. Greifen wir dieses Erbe auf und führen den Kampf um die Befreiung der Frau gemeinsam Hand in Hand!

Den Toten zur Ehre – uns Lebenden zur Pflicht

Bericht vom Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum 100. Jahrestag ihrer Ermordung



Jährlich im Januar kommen tausende Kommunistinnen und Kommunisten zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin zusammen. Dieses Jahr jährt sich die hinterhältige Ermordung der zwei großen Vorkämpfer der Arbeiterklasse durch die Allianz aus Freikorps und Sozialdemokratie zum 100. Mal. Ebenso boten die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands vor 100 Jahren und die Gründung der DDR vor 70 Jahren wichtige Anlässe, um in diesem Jahr in Berlin entschlossen auf die Straße zu gehen.

Bereits am Samstag zogen wir mit einer Demonstration durch Berlin, um an verschiedenen wichtigen Orten der Stadt die Geschichte der zwei deutschen Staaten zu zeigen: Auf der einen Seite der Staat der Kapitalistenklasse, die BRD, repräsentiert u.a. durch das Berliner Stadtschloss und die Zentrale des Axel-Springer-Verlags. Auf der anderen Seite der Staat der Arbeiterklasse und des Volkes, deren Symbole zwar weitestgehend dem Erdboden gleich gemacht oder durch BRD-Staatsbehörden angeeignet wurden, aber dennoch nicht vergessen sind: So beispielsweise der Palast der Republik und das Staatsratsgebäude der DDR. Mit lauten Parolen und vielen roten Fahnen und Fahnen der Sowjetunion und der DDR zogen wir durch Berlin ins Herz der ehemaligen Hauptstadt der DDR. Den Abschluss bildete die bekannte Statue von Karl Marx und Friedrich Engels, das sogenannte Marx-Engels-Forum, welches der deutsche Staat am liebsten ans letzte Ende der Republik verbannen würde.



Ebenfalls am Samstag präsentierten wir unser am Freitag veröffentlichtes BolscheWiki, die Online-Plattform des Kommunistischen Klärungsprozesses. Diese Plattform ist die praktische Einladung an alle Kommunisten, sich an der Klärung zu beteiligen, sich unsere Inhalte anzuschauen, sie zu

kritisieren und konstruktiv mitzuarbeiten. Bereits am Samstag konnten wir an unserem Stand auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz mit vielen Interessierten diskutieren.

Auf unserer

Abendveranstaltung gingen wir auf die Bedeutung der Gründung der Kommunistischen Partei von 100 Jahren ein. Im Fokus standen die Lehren, die Kommunistinnen und Kommunisten aus den Erfahrungen der Novemberrevolution und der Gründung der KPD für den heutigen Kampf um den Wiederaufbau der Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei ziehen müssen.



„Klarheit, Einheit

und Organisation für den nächsten Anlauf zur Revolution“ war die Parole, unter der unser Block auf der Gedenkdemo am Sonntag stand. Mit einem geordneten und lautstarkem Auftritt, mit Parolen und Gesängen gegen Imperialismus und Krieg und für den Sozialismus brachten wir unsere Würdigung für Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und all die mutigen Kämpfer damaliger und heutiger Kämpfe zum Ausdruck.

„Erinnern heißt

kämpfen!“ – das Wochenende in Berlin hat uns motiviert und gestärkt für die großen Aufgaben und Kämpfe, die vor uns liegen.

